

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ulrike Flach, Cornelia Pieper, Christoph Hartmann (Homburg), Birgit Homburger, Horst Friedrich (Bayreuth), Daniel Bahr (Münster), Ernst Burgbacher, Helga Daub, Rainer Brüderle, Jörg van Essen, Otto Fricke, Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Guttmacher, Dr. Christel Happach-Kasan, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Sibylle Laurischk, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Gisela Piltz, Dr. Andreas Pinkwart, Marita Sehn, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion der FDP

Situation der Krebsforschung und der Krebsregister in Deutschland

Krebserkrankungen werden in wenigen Jahren Herz- und Kreislauferkrankungen als Todesursache Nummer eins in Deutschland ablösen. Da die Wahrscheinlichkeit, an Krebs zu erkranken, mit zunehmendem Lebensalter steigt, ist zu erwarten, dass einhergehend mit dem Wandel der Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland die Bekämpfung von Krebs eine der wichtigsten Aufgaben der zukünftigen Gesundheitspolitik sein wird.

Die Bundesregierung unterstützt die Krebsforschung durch Kompetenznetze und die Förderung von Forschungseinrichtungen der Grundlagenforschung, z. B. in der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Wissenschaftler kritisieren jedoch die mangelnde Förderung der klinischen Forschung. Ein weiteres Problem ist die nach wie vor nicht erreichte Vollständigkeit der Krebsregister.

Einzig im Saarland wird für alle Krebsarten die für die epidemiologische Forschung nötige 90 % Erfassung der auftretenden Erkrankungen erreicht. In anderen Bundesländern werden nicht alle Krebsarten hinreichend erfasst; in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hessen ist selbst die flächendeckende Einführung der Krebsregister noch nicht erfolgt.

Für die Krebsursachenforschung und die Entwicklung neuer Behandlungspläne ist jedoch eine möglichst vollständige Erfassung der Krebsfälle nötig.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hoch ist der Gesamtetat, den die Bundesregierung in den verschiedenen Ressorts für die Krebsforschung zur Verfügung stellt?
2. Wie verteilt sich dieser Etat auf die verschiedenen Ressorts?

3. Welchem Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) entspricht dieser Etat und wie hoch ist der Anteil der für die Krebsforschung aufgewandten Mittel am BIP in anderen Staaten, z. B. Großbritannien, Frankreich oder den USA?
4. Wie verteilen sich die Anteile dieses Etats auf die Grundlagenforschung, die Pharmaforschung und die klinische Forschung?
5. Wie groß ist der Anteil der Förderung von Biotechnologie und Genomforschung im Gesamtetat der deutschen Krebsforschung?
6. Welche Pläne zur Förderung der klinischen Krebsforschung, die im internationalen Vergleich rückständig ist, hat die Bundesregierung?
7. Plant die Bundesregierung die Einrichtung einer zentralen Förderstelle für klinische Krebsforschung, um diesen Rückstand aufzuholen?
8. Die Erforschung welcher Krebsarten bildet den Schwerpunkt der Förderung durch die Bundesregierung?
9. Welchen Anteil an allen Krebserkrankungen haben diese Krebsarten?
10. Welche Maßnahmen zur Übertragung von Ergebnissen aus der Grundlagenforschung in die klinische Praxis hat die Bundesregierung unternommen?
11. Haben sich nach Auffassung der Bundesregierung die bevölkerungsbezogenen Krebsregister nach dem Bundeskrebsregistergesetz bewährt?
12. Wie viele Bundesländer verfügen noch nicht über eine flächendeckende Erfassung der auftretenden Krebserkrankungen im Krebsregister?
13. Aus welchen Gründen verfügen noch nicht alle Bundesländer über eine flächendeckende Erfassung aller Krebsfälle?
14. Lassen die in den Bundeskrebsregistern erfassten Daten fundierte Aussagen über die Verbreitung einzelner Krebserkrankungen in ganz Deutschland zu?
15. Beteiligt sich die Bundesregierung an der Finanzierung der Landeskrebsregister?
16. Über welche Krebsarten lassen sich, bezogen auf das gesamte Bundesgebiet, noch keine gesicherten Aussagen treffen?
17. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um eine flächendeckende und alle Krebsarten umfassende Erfassung in den Landeskrebsregistern zu unterstützen?
18. Welche Maßnahmen zur Reduzierung des Zigarettenkonsums, einer international anerkannten Ursache von Lungenkrebs, wird die Bundesregierung in Zukunft ergreifen?
19. Ist die Bundesregierung bereit, ein Signal zu setzen und auf Etatkürzungen der Helmholtz Gemeinschaft, die auch das Deutsche Krebsforschungszentrum in Heidelberg betreffen, zu verzichten?
20. Ist eine Übertragung des Modells der Reihenuntersuchungen zur Brustkrebsfrüherkennung mit einem Mammographie-Screening für Frauen zwischen dem 50. und 69. Lebensjahr auf andere häufige Krebsarten vorgesehen?
21. Wie weit ist die Einführung dieses Früherkennungsprogramms fortgeschritten?
22. Stehen flächendeckend genügend Ärzte und Ärztinnen zur Verfügung, die die Kriterien des Qualitätssicherungsprogramms zur Brustkrebsfrüherkennung erfüllen?

23. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die ärztliche, pflegerische und psychosoziale Versorgung krebskranker Kinder in Deutschland in Zukunft sicherzustellen?

Berlin, den 28. Januar 2003

Ulrike Flach
Cornelia Pieper
Christoph Hartmann (Homburg)
Birgit Homburger
Horst Friedrich (Bayreuth)
Daniel Bahr (Münster)
Ernst Burgbacher
Helga Daub
Rainer Brüderle
Jörg van Essen
Otto Fricke
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Guttmacher
Dr. Christel Happach-Kasan
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Dr. Werner Hoyer
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Sibylle Laurischk
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Eberhard Otto (Godern)
Detlef Parr
Gisela Piltz
Dr. Andreas Pinkwart
Marita Sehn
Carl-Ludwig Thiele
Jürgen Türk
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

